



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Frau Buchwald

Telefon: (0221) 2860

Fax: (0221) 29241

E-Mail: uta.buchwald@stadt-koeln.de

Datum: 21.03.2012

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 16.05.2011, 14:00 Uhr bis 15:05 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Heinrich Böll Saal (Raum-Nr. B 120)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Herrn Schöppe
Herr Dr. Ralf Heinen	SPD	
Herr Franz Philippi	SPD	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU	
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	
Frau Yvonne Gebauer	FDP	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hildegard Fuhrmann	SPD
Frau Elke Hoheisel-Adejolo	auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-------------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Marion Lüttig	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol	DIE LINKE
-------------------	-----------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hanne Kirchhoff	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Herr Daniel Dahm	GRÜNE
Herr Peter Fellmann	

Für die Bezirksschülervertretung

Frau Judith Häuser

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen
---------------------	--------------------------

Für die Bezirksschülervertretung

Herr Lukas Lorenz

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Ashkan Lange	auf Vorschlag der FDP
-------------------	-----------------------

Für die Katholische Kirche

Herr Michael Bold

Für die Evangelische Kirche

Frau Beate Habets

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
------------------------------------	---

Frau Ebru Coban

KL

Herr Fevzi Bayrak

LB

Frau Manderla begrüßt die Anwesenden und weist darauf hin, dass ein Dringlichkeitsantrag der FDP Fraktion eingegangen ist.

Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, beschwert sich, dass er keine ordnungsgemäße Einladung bekommen habe.

Die Verwaltung und die Politik bestätigen die ordnungsgemäße Versendung der Einladungen zur Sondersitzung.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 22.200 Plätze**
0458/2011

Gemeinschaftsgrundschule Gilbachstraße
AN/1026/2011

- 1.1 Rückfragen und Diskussionen

- 2 Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Offene Ganztagschule im Primarbereich - bedarfsgerechter Ausbau auf 22.200 Plätze 0458/2011

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bittet darum, im Zusammenhang mit der Offenen Ganztagschule nicht nur die Erhöhung der Platzzahlen im Blick zu haben. Dies käme in vielen Fällen einer reinen Verwahrung gleich. Er bittet darüber hinaus auch um Maßnahmen zur Qualitätssteigerung. Grundsätzlich begrüßt seine Fraktion die Finanzierung zusätzlicher Plätze durch die Erhöhung des Haushaltsansatzes von 3,5 Millionen auf 7,1 Millionen Euro. Er bittet die Verwaltung, bis zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses darzustellen, wie eine Steigerung der Qualität bei den OGTS erreicht werden kann.

Frau Manderla wundert sich, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Sondersitzung keinen eigenen schriftlichen Vorschlag eingereicht hat.

Frau Dr. Klein meint, dass auch die derzeit in Köln angebotene OGTS keine „Aufbewahrung“ sondern qualitativ hochwertig ist. Die Arbeitsgruppe „Qualitätssicherung und –verbesserung in der OGTS“, bestehend aus Schulen und freien Trägern unter der Federführung der Schulverwaltung habe zahlreiche Vorschläge zur Verbesserung der Qualität erarbeitet. Dieses Konzept wurde bereits im Sommer vergangenen Jahres den Gremien vorgestellt. Dieses werde sie zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses erneut vorlegen.

Herr Philippi, SPD Fraktion, begrüßt die Aufstockung um 1.400 Plätze. Die OGTS in Köln laufe nicht schlecht und wird gut angenommen. Die Nachfrage wäre noch deutlich höher, wenn die Abfrage der Verwaltung nicht auf den Ausbau im vorhandenen Raumangebot beschränkt gewesen wäre. Er schlägt vor, den Schwerpunkt zuerst auf den Ausbau der Plätze zu legen und dann in einem zweiten Schritt die Qualitätsverbesserung in Augenschein zu nehmen.

Herr Dr. Schlieben, CDU Fraktion, weist darauf hin, dass das Thema in den Ausschüssen bereits intensiv diskutiert wurde. Die quantitative Erhöhung sei ohne Zweifel erforderlich, doch auch die Qualität muss gleichermaßen verbessert werden. Es gäbe durchaus auch in Köln Beispiele, wo die Qualität noch nicht stimmt. Er ist enttäuscht darüber, dass anscheinend keine Mehrheit für diesen Wunsch vorhanden ist und extra eine Sondersitzung nötig ist.

Darüber hinaus bittet er die Verwaltung erneut, aus der Vorlage unter Punkt 5 in Zeile 3 den Halbsatz „sowohl die Rücknahme der im HPI 2010/2011 ff. zur Konsolidierung des Haushaltes als auch“ zu streichen und den Satz folgendermaßen stehen zu lassen: „Hierzu ist die Bereitstellung weiterer Mittel zum Ausbau der OGTS auf nunmehr 22.200 Plätze notwendig“.

Dadurch wird deutlich: Die ursprüngliche 5 %-Kürzung gibt es und sie bleibt auch erhalten.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, bedankt sich bei Frau Dr. Klein für die klarstellenden Worte. Die Mittelanstrengung ist für Köln sehr hoch. Seine Fraktion wird der Vorlage zustimmen unter der Voraussetzung, dass die qualitativen Bereiche höher gefördert werden und eine Verbesserung der Qualifizierungsmaßnahmen für die vor

Ort Tätigen veranlasst wird. Unter diesen Bedingungen brauche der Beschlussvorschlag nicht geändert zu werden.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass das von der Arbeitsgruppe erstellte Bausteinkonzept zur Qualitätssteigerung OGTS im Jugendhilfeausschuss als Tischvorlage erneut zur Verfügung gestellt wird. In Bezug auf den zweiten von Herrn Dr. Schlieben, CDU Fraktion, vorgetragenen Änderungswunsch wendet sie ein, dass genau diese Passage eine Forderung der Kämmerei aus formalen Gründen gewesen ist und deshalb nicht verzichtbar sei.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, bestätigt, dass im Unterausschuss ausführlich darüber gesprochen wurde, wie wichtig Qualität ist. Wenn nun eine Fraktion behauptet, dieses Thema sei so wichtig, eine Sondersitzung einzuberäumen, dann erwarte sie aber einen Vorschlag dieser Fraktion zur Lösung. Für die Zukunft wünscht sie sich eine andere Vorgehensweise.

Sie schließe sich inhaltlich den Ausführungen von Herrn Dr. Schlieben, CDU Fraktion, an.

Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, findet es bedauerlich, dass den Worten keine Taten bzw. eine Beschlussvorlage folgten. Die meisten Schulgebäude in Köln seien für einen Ausbau der Kapazitäten nicht geeignet. Real seien am Nachmittag nur Kräfte ohne Lehramtsausbildung im Einsatz, die z.B. Kölschunterricht anbieten.

Er bringt für seine Fraktion folgenden Änderungsantrag zu Punkt 4 der Vorlage ein: Der Text unter Punkt 4 soll ersetzt werden durch „Der Rat beschließt weiterhin, die vorgeschlagenen Erweiterungen zum Stellenplan 2012 zu streichen und die dadurch entfallenen Mittel in die Einstellung von pädagogischem Personal zu investieren.“

Er kritisiert, dass die gesamte Beschlussfassung unter dem Vorbehalt eines noch zu beschließenden Landeshaushaltes stünde.

Auf Nachfrage von Herrn Philippi, SPD Fraktion, zur Streichung des Halbsatzes aus der Vorlage erklärt Frau Dr. Klein, dass genau diese Formulierung finanztechnisch sehr wichtig war, damit die Korrektur auch inhaltlich vollzogen werden kann.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, erläutert den Dringlichkeitsantrag ihrer Fraktion zur Gemeinschaftsgrundschule Gilbachstraße. Dabei geht sie darauf ein, dass die Verwaltung dem Schulleiter mitgeteilt habe, man wolle erst abwarten, wie sich die Gesamtsituation des tatsächlichen Bedarfes darstelle. Wenn nicht alle Plätze in den anderen Schulen in Anspruch genommen werden, könne man auch der Gilbachstraße die gewünschten Plätze zur Verfügung stellen. Die Eltern haben jedoch jetzt einen Platzbedarf und würden auf den Herbst vertröstet. Sie sieht die Verwaltung in der Pflicht, die Schließung der Horte durch die Schaffung von OGTS-Plätzen zu kompensieren.

Frau Gorklo-Blameuser weist darauf hin, dass die Schule tatsächlich höhere Bedarfswahlen dokumentiert habe, diese aber ursprünglich im vorhandenen Bestand nicht umsetzen konnte. Sie war selbst vor Ort und habe die Bereitschaft zur Lösung signalisiert. Die Verwaltung wird prüfen, ob der Mehrbedarf der Schule gedeckt werden kann. Es sei jedoch problematisch, den Mehrbedarf einer einzelnen Schule zu decken, ohne gleichzeitig einen Blick auf die Gesamtentwicklung zu haben.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, bemängelt es, dass die Erhöhung der Obergrenze bei den OGTS-Gruppen von 25 auf 30 Kinder nicht mit allen Beteiligten hinreichend kommuniziert wurde.

Herr Philippi, SPD Fraktion, fragt nach, ob eine Erhöhung der in der Vorlage beantragten Platzzahl um die für die Gilbachstraße benötigten 20 zusätzlichen Plätze möglich sei oder ob man den Antrag auf Wiedervorlage legen und im Juni erneut beraten solle.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass es in jedem Jahr zwischen dem Meldezeitpunkt und der Umsetzung noch Verschiebungen gebe und schlägt vor, die Rückmeldungen der Abfrage zur Aktualisierung der Zahlen zu sichten. Anschließend werde geprüft, ob zusätzliche Plätze –im Rahmen der bestehenden Räumlichkeiten- geschaffen werden könnten. Dieser Vorschlag gelte jedoch im Sinne der Kinder für alle Schulen in Köln und nicht nur für eine einzelne Schule.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, begrüßt die guten Vorschläge der Verwaltung zur Lösung und bestätigt, dass man nicht auf Einzelfälle abstellen solle. Er empfiehlt der FDP Fraktion, auf den Beschluss des Dringlichkeitsantrages zu verzichten und ihn erneut einzureichen, wenn keine Lösung für die Montessori-Grundschule Gilbachstraße umgesetzt werden kann.

Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, stimmt dem Antrag der FDP Fraktion zu, doch sei die Frage der Finanzierung noch ungeklärt.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, warnt davor, eine Einzelfallentscheidung zu treffen und möchte wissen, ob es in anderen Stadtbezirken ähnliche Fälle gebe. Sie fordert ein pragmatisches Vorgehen zum Vorteil der Kölner Kinder.

Frau Gebauer, FDP Fraktion, möchte ihren Dringlichkeitsantrag nicht zurückziehen.

Daraufhin stellt Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, für seine Fraktion einen separaten Antrag, den Beschluss über den Dringlichkeitsantrag erst dann zu fassen, wenn ein Überblick über die Gesamtsituation vorliegt und die Verwaltung geprüft hat, welche Lösungsmöglichkeiten sich daraus ergeben.

Frau Manderla stellt die eingebrachten Anträge nacheinander zur Abstimmung.

1. Änderungsantrag der Fraktion Pro Köln zu Punkt 4 der Beschlussvorlage:

Beschluss:

Der Text unter Punkt 4 soll ersetzt werden durch

„Der Rat beschließt weiterhin, die vorgeschlagenen Erweiterungen zum Stellenplan 2012 zu streichen und die dadurch entfallenen Mittel in die Einstellung von pädagogischem Personal zu investieren.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Stimme von Pro Köln

2. Änderungsantrag der CDU Fraktion zu Punkt 5, Zeile 3 der Beschlussvorlage:

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, aus der Vorlage unter Punkt 5 in Zeile 3 den Halbsatz „sowohl die Rücknahme der im HPI 2010/2011 ff. zur Konsolidierung des Haushaltes als auch“ zu streichen und den Satz folgendermaßen stehen zu lassen: „Hierzu ist die Bereitstellung weiterer Mittel zum Ausbau der OGTS auf nunmehr 22.200 Plätze notwendig“.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, FDP und Pro Köln mehrheitlich abgelehnt.

3. Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, den Beschluss über den Dringlichkeitsantrag der FDP Fraktion erst dann zu fassen, wenn ein Überblick über die Gesamtsituation vorliegt und die Verwaltung geprüft hat, welche Lösungsmöglichkeiten sich daraus ergeben.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, FDP und Pro Köln mehrheitlich zugestimmt.

4. Dringlichkeitsantrag der FDP Fraktion:

Beschluss:

Die FDP-Fraktion bittet die Verwaltung, für die Gemeinschaftsgrundschule Gilbachstraße eine Aufstockung der OGTS-Plätze von den bisher durch den Ratsbeschluss vom 20. Mai 2010 bewilligten 150 Plätze auf nunmehr insgesamt 170 Plätze (ein Mehrbedarf von 20 Plätzen) zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

Mit den Stimmen der SPD Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, FDP und Pro Köln mehrheitlich abgelehnt.

Abschließend stellt Frau Manderla die Beschlussvorlage der Verwaltung zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

1. „Der Rat nimmt den 1.400 Plätze umfassenden Mehrbedarf in den Offenen Ganztagschulen im Primarbereich zur Kenntnis und
2. beschließt, die Plätze ab dem Schuljahr 2011/2012 in dem vorhandenen Raumbestand der Schulen auf insgesamt 22.200 zu erhöhen, vorbehaltlich der Gewährung der Landeszuschüsse in Höhe von in der Regel 820 Euro je Platz bzw. 1.660 Euro je Platz, den ein/e Schüler/in mit sonderpädagogischem Förderbedarf belegt.
3. Der Rat nimmt die Bereitstellung der Ganztagsplätze in 139 Grund- und 17 Förderschulen gemäß der in Anlage 1 dargestellten Ergebnisse zur Kenntnis.
4. Der Rat beschließt weiterhin, dass zum Stellenplan 2012 die notwendigen zusätzlichen 0,64 Stellen der VGr.VII, FGr. 1a BAT (Entgeltgruppe 5 TVöD) in den Schulsekretariaten sowie 1,12 Stellen mit der Besoldungsgruppe A7 BBO zur Festsetzung der Elternbeiträge in der Jugendverwaltung eingerichtet werden. Bis zum Inkrafttreten des Stellenplanes 2012 sind verwaltungsintern Verrechnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Der Rat beschließt für die Aufstockung der Stundenkontingente um 0,64 Sekretariatsstellen und 1,12 Stellen im Bereich der Beitragsfestsetzung zum Schuljahr 2011/2012 überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 11 - Personalaufwendungen in Höhe von 10.747 Euro und im Teilplan 0603 - Kindertagesbetreu-

ung, Teilplanzeile 11 - Personalaufwendungen in Höhe von 31.693 Euro für das Haushaltsjahr 2011. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge in Höhe von 42.440 Euro bei dem Ausgleichsanspruch für den reduzierten Einkommenssteueranteil im Teilplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, bei Zeile 1, Steuern und ähnliche Abgaben. Ab dem Haushaltsjahr 2012 sind jährlich Aufwendungen in Höhe von insgesamt 101.856 Euro zu veranschlagen, die den Fehlbetrag 2012 ff. weiter erhöhen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung der Zuwendungen an die Träger im Rahmen der Landesmittel sowie durch Veranschlagung kommunaler Mittel entsprechend der in der Beschlussvorlage dargestellten haushaltsmäßigen Auswirkungen sicherzustellen. Hierzu ist sowohl die Rücknahme der im Hpl. 2010/2011 ff. zur Konsolidierung des Haushaltes berücksichtigten Kürzungen als auch die Bereitstellung weiterer Mittel zum Ausbau der OGTS auf nunmehr 22.200 Plätze notwendig. Der Rat beschließt diesbezüglich überplanmäßige Mehraufwendungen im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 3.506.000 Euro für das Haushaltsjahr 2011. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge in gleicher Höhe beim Ausgleichsanspruch für den reduzierten Einkommenssteueranteil im Teilplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, bei Zeile 1, Steuern und ähnliche Abgaben. Ab dem Haushaltsjahr 2012 sind jährlich Aufwendungen in Höhe von 7.106.000 Euro zu veranschlagen, die den Fehlbetrag 2012 ff. weiter erhöhen.
6. Soweit im Rahmen der Beschlussfassung des Landeshaushalts für 2011 zusätzliche Landesmittel für den OGTS-Betrieb zur Verfügung gestellt werden, sind diese vorrangig zur Kompensation des freiwilligen kommunalen Anteils für die Finanzierung des o. g. Platzangebots einzusetzen. Einsparungen, die im Bereich der OGTS durch Erstattungen für ermäßigtes Mittagessen aus dem Bildungspaket erzielt werden können, sind ebenfalls vorrangig für die Deckung des Mehrbedarfes OGTS einzusetzen.
7. Mit der vorstehenden Beschlussfassung weicht der Rat von seinem in Zusammenhang mit der Verabschiedung der Haushaltssatzung am 07.10.2010 gefassten Beschluss, wonach „unterjährig auftretende Verbesserungen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden dürfen“, ab.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei einer Enthaltung von Pro Köln.

Gemeinschaftsgrundschule Gilbachstraße AN/1026/2011

Der Dringlichkeitsantrag der FDP Fraktion wurde unter TOP 1 behandelt.

1.1 Rückfragen und Diskussionen

2 Anfragen

Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, bittet um eine Einschätzung der Verwaltung, wie viele fehlerhafte Meldungen von Schulen vorliegen.

Frau Dr. Klein geht davon aus, dass keine weiteren fehlerhaften Meldungen vorliegen.

Weiterhin fragt Herr Uckermann, Fraktion Pro Köln, nach, wie mit den Beschwerden der Eltern über mangelnde Qualität bei OGTS umgegangen wird und wie viele Personen ohne lehramtliche Befähigung im Offenen Ganztage tätig sind.

Frau Dr. Klein sagt zu, dass entsprechende Unterlagen zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzende
rin

stellvertr. Schriftführe-